



Axel Kassegger

# WIRKSAME ÖSTERREICHISCHE WIRTSCHAFTS- UND STANDORTPOLITIK

Corona ist nicht an allem schuld

stv

Axel Kassegger

WIRKSAME ÖSTERREICHISCHE WIRTSCHAFTS-  
UND STANDORTPOLITIK

---

Corona ist nicht an allem schuld





**Axel Kassegger**

# **WIRKSAME ÖSTERREICHISCHE WIRTSCHAFTS- UND STANDORTPOLITIK**

---

**CORONA IST NICHT AN ALLEM SCHULD**

Leopold Stocker Verlag  
Graz – Stuttgart

Umschlaggestaltung: Werbeagentur Rypka GmbH, 8143 Dobl/Graz, [www.rypka.at](http://www.rypka.at)  
Umschlagabb. Vorderseite: [istockphotos.com/Orietta Gaspari](https://www.istockphotos.com/Orietta_Gaspari), [istockphotos.com/TomasSereda](https://www.istockphotos.com/TomasSereda)

Wir haben uns bemüht, bei den hier verwendeten Bildern die Rechteinhaber ausfindig zu machen. Falls es dessen ungeachtet Bildrechte geben sollte, die wir nicht recherchieren konnten, bitten wir um Nachricht an den Verlag. Berechtigte Ansprüche werden im Rahmen der üblichen Vereinbarungen abgegolten.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter <https://www.dnb.de> abrufbar.

Hinweis

Dieses Buch wurde auf chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt. Die zum Schutz vor Verschmutzung verwendete Einschweißfolie ist aus Polyethylen chlor- und schwefelfrei hergestellt. Diese umweltfreundliche Folie verhält sich grundwasserneutral, ist voll recyclingfähig und verbrennt in Müllverbrennungsanlagen völlig ungiftig.

Auf Wunsch senden wir Ihnen gerne kostenlos unser Verlagsverzeichnis zu:

Leopold Stocker Verlag GmbH

Hofgasse 5 / Postfach 438

A-8011 Graz

Tel.: +43 (0)316/82 16 36

Fax: +43 (0)316/83 56 12

E-Mail: [stocker-verlag@stocker-verlag.com](mailto:stocker-verlag@stocker-verlag.com)

[www.stocker-verlag.com](http://www.stocker-verlag.com)

ISBN 978-3-7020-1918-1 EPDF ISBN: 978-3-7020-2023-1

Alle Rechte der Verbreitung, auch durch Film, Funk und Fernsehen, fotomechanische Wiedergabe, Tonträger jeder Art, auszugsweisen Nachdruck oder Einspeicherung und Rückgewinnung in Datenverarbeitungsanlagen aller Art, sind vorbehalten.

© Copyright by Leopold Stocker Verlag, Graz 2021

Layout: Werbeagentur Rypka GmbH, 8143 Dobl/Graz, [www.rypka.at](http://www.rypka.at)

# INHALT

<b>EINLEITUNG</b>	11
<hr/>	
<b>CORONA IST AN ALLEM SCHULD – EIN IRRGLAUBE</b>	14
<hr/>	
Corona als Ausrede für strukturelles Versagen .....	14
Die großen Herausforderungen vor Corona wie nach Corona .....	17
Herausforderungen auf drei Ebenen .....	17
Globale Herausforderungen .....	18
Herausforderungen auf europäischer Ebene – die EU .....	20
Hausgemachte österreichische Herausforderungen .....	21
Der Zustand Österreichs als Wirtschaftsstandort vor Corona .....	23
Zwei Jahrzehnte mangelhafte Standortpolitik bis 2019 .....	23
16 besorgniserregende Problemfelder .....	28
<b>DIE CORONA-KRISE 2020/21</b>	31
<hr/>	
Anamnese der Verbreitung und der Maßnahmen in Österreich .....	31
Politik der türkis-grünen Bundesregierung in der Krise .....	38
Grottenschlechtes Krisenmanagement .....	38
Die „12-Sünden-Tafel“ der türkis-grünen Bundesregierung .....	39
Falsche Beurteilung des Problems – Außerachtlassung der Verhältnismäßigkeit .....	41
Politik der Angst und der Schuldzuweisungen .....	50
Politik für die Eigenen und die Freunde .....	53
Entscheidungen auf Basis untauglicher Kennzahlen .....	55
Planlose Gießkannen-Politik und vollkommen chaotische Umsetzung .....	61
Beschädigung des Rechtsstaates – Ermächtigungsgesetze und gesetzeswidrige Verordnungen .....	64
Propaganda und Kauf der Medien .....	67
Verächtlichmachung anderer Meinungen .....	68
Angriff auf das Versammlungsrecht, Vereine und Privatleben .....	70
Angriff auf die Physis und Psyche der Menschen .....	71
Nachhaltige Schädigung unserer Kinder .....	75
Nachhaltige Schädigung der Wirtschaft .....	78
Die ökonomische Situation zu Ostern 2021 .....	82
Österreich wirtschaftlich schwer angeschlagen .....	82
Andere Länder stehen deutlich besser da .....	85
Der große Gewinner China .....	89

<b>Die gesellschaftliche Situation zu Ostern 2021</b> .....	91
Eigenverantwortung oder Unmündigkeit .....	91
Die Freiheit der Gesellschaft schwer angeschlagen .....	93

## **SELBSTVERSTÄNDNIS WIRKSAMER**

### **WIRTSCHAFTS- UND STANDORTPOLITIK** .....

<b>Dimensionen und Fragen</b> .....	97
<b>Wirtschaftspolitik und Freiheit</b> .....	98
<b>Das ausgewogene Viereck wirksamer Wirtschaftspolitik</b> .....	100
<b>Staat und Wirtschaft</b> .....	102

### **EIN STARKER, ABER SCHLANKER RECHTSSTAAT** .....

Eigeninitiative statt Regulierung .....	102
Möglichkeiten statt Umverteilung .....	103
Keine Privatisierung wichtiger Standortinfrastruktur .....	103
<b>Wirtschaftswachstum schafft Arbeitsplätze und Wohlstand</b> .....	104
<b>Grundsätze in der Umsetzung</b> .....	108
Ökonomisches Prinzip .....	108
Komplexitätsreduktion .....	108
Einhaltung des Kongruenzprinzips .....	109
<b>Wirtschaftspolitik in der Krise</b> .....	110

## **DIE 16 HANDLUNGSFELDER ZUR**

### **NACHHALTIGEN GESUNDUNG** .....

<b>Mäßige Position bei internationaler Wettbewerbsfähigkeit</b> .....	112
<b>Die Lage ist ernst, aber nicht hoffnungslos</b> .....	115
<b>Die 16 Handlungsfelder und Ziele im Überblick</b> .....	117
<b>1. Leistungsgerechtigkeit – Leistung muss sich wieder lohnen</b> .....	118
Arbeitslosengeld – Notstandshilfe – Mindestsicherung .....	118
Leistungsanreize für Mitarbeiter in Unternehmen schaffen .....	121
Leistungsanreize für alle durch Steuersenkungen .....	122
Verringerung struktureller Wettbewerbsnachteile für kleinstrukturierte Unternehmen .....	123
Steuerliches Familienentlastungsmodell .....	124

<b>2. Starker, verlässlicher, schlanker und sparsamer Staat</b> .....	126
Rolle des Staates und makroökonomische Ziele .....	126
Sofortige Öffnung und mittelfristige Nachhaltigkeitsziele .....	128
Ausgabenseitige Strukturreformen als Gebot der Stunde .....	131
<b>3. Entlastung des Faktors Arbeit</b> .....	136
Zu hohe Kosten des Faktors Arbeit .....	136
Möglichkeiten der Senkung von Lohnnebenkosten .....	137
<b>4. Bildung, Wissenschaft, Innovation und Forschung stärken</b> .....	141
Investitionen in Bildung sind Investitionen in Arbeitsplätze .....	141
Sanierung und Optimierung des österreichischen Bildungssystems .....	141
Notwendigkeiten für Wissenschaft und Forschung .....	144
Potential nach oben im Innovationsbereich .....	145
Wirksame Forschungs- und Innovationspolitik .....	147
Wirksame Technologie- und Digitalisierungspolitik .....	149
<b>5. Rechtssicherheit schaffen – Gesetze wieder lesbar machen</b> .....	152
Vertrauensverlust und Komplexitätsauswüchse .....	152
Vertrauen schaffen – Komplexität reduzieren .....	154
Schwere Schädigung des Rechtsstaates 2020 und 2021 .....	155
<b>6. Föderalismus richtig gemacht – nahe am Bürger</b> .....	157
Demokratie – Selbstbestimmung – Verantwortung .....	157
Gemeinden und Länder stärken .....	159
<b>7. Das Förderungswesen minimieren und optimieren</b> .....	161
Österreich, das Land der überbordenden Förderungen .....	161
Voraussetzungen für ein wirksames Förderungsregime .....	162
Grundproblem – keine funktionierende Transparenzdatenbank .....	163
Grundproblem – System der Töpfe .....	163
Grundproblem – privates Förderungswesen nicht entwickelt .....	164
Ziel – Reduktion der Förderungen auf EU-Schnitt .....	164
<b>8. Neukodifizierung der Gewerbeordnung</b> .....	165
Bestehende Gewerbeordnung ist strukturelle Bremse .....	165
Wirtschaftskammer als Bremser der Liberalisierung .....	167
Komplette Neukodifizierung der Gewerbeordnung als Gebot der Stunde .....	169
<b>9. Radikale Reform des Kammerwesens</b> .....	172
Trennung Arbeitgeber – Arbeitnehmer überwinden .....	172
Abschaffung der Zwangsmitgliedschaft .....	172
Reduktion der Zwangsbeiträge .....	174
Dringende Reformen in der Arbeiterkammer .....	177
Dringende Reformen in der Wirtschaftskammer .....	178

<b>10. Klares Bekenntnis zum Industriestandort Österreich und Europa</b> .....	181
Österreichs mittelständische Produktionsunternehmen .....	181
Industriepolitische Maßnahmen und Ziele .....	181
<b>11. Unverzüglich Unternehmen entlasten und Wachstumsimpulse setzen</b> .....	185
Sofortige Steuer- und Abgabentlastungen .....	185
Finanzierung erleichtern und stärken .....	186
Wachstumsimpulse setzen .....	186
Besondere Entlastung und Förderung von KMU und EPU .....	188
Österreichs Tourismuswirtschaft und Gastronomie wiederbeleben .....	190
Abbau der überbordenden Bürokratie .....	192
<b>12. Wirksame Arbeitsmarktpolitik beginnen</b> .....	195
Explodierende Arbeitslosenzahlen durch Dauerlockdowns .....	195
Vollbeschäftigung für österreichische Staatsbürger .....	195
Miteinander statt Vorschreiben und Abstrafen .....	200
Ausgewogene Arbeitsmarktgesetze und Arbeitnehmerschutz .....	201
Betriebliche Lehrlingsausbildung unterstützen und ausbauen .....	203
<b>13. Energie- und Klimapolitik im Interesse der Umwelt und des Standorts</b> .....	206
Energie- und Klimapolitik in der Kompetenz der EU .....	206
Österreichische Energie- und Klimapolitik .....	209
Energie- und Klimapolitik im Interesse des Standorts .....	212
<b>14. Migrations- und Asylpolitik im Interesse der Menschen Österreichs</b> .....	216
Ökonomische Betrachtung .....	217
Gesellschaftspolitische Betrachtung .....	223
<b>15. Rückkehr zu einem finanzierbaren Sozialstaat</b> .....	225
Den Sozialstaat für unsere Kinder sichern .....	225
Besorgniserregende Zahlen, Daten, Fakten .....	226
Baustellen im Sozialsystem .....	226
Nachhaltige Sicherung unseres Pensionssystems .....	227
<b>16. Fehlentwicklung Europäische Union korrigieren</b> .....	230
Gebrochene EU-Versprechen .....	231
EU – das Projekt Euro .....	233
EU – die riskante Schuldenpolitik der EZB .....	234
EU-Migrationspolitik .....	240
EU-Politik im Windschatten der Corona-Krise .....	246

EU-Erweiterungspläne .....	248
EU – Zentralstaat oder Europäische Wirtschaftsgemeinschaft .....	249
<b>ÖSTERREICH IN DER WELT DER GLOBALISIERUNG</b> .....	<b>254</b>
<b>Grenzen nationaler Wirtschafts- und Standortpolitik</b> .....	<b>254</b>
<b>Soziale Marktwirtschaft und Wachstum oder Gegenmodelle</b> .....	<b>255</b>
<b>Globalisierung und Freihandel richtig gemacht</b> .....	<b>256</b>
<b>Chancen und Gefahren in der Zukunft</b> .....	<b>258</b>
<b>ÜBER DEN AUTOR</b> .....	<b>263</b>



# EINLEITUNG

---

Dieses **Buch** war in seinen **wesentlichen Grundzügen** bereits **im Herbst 2019 fertiggestellt** und sollte auf die Fehlentwicklungen der österreichischen Wirtschafts- und Standortpolitik in den zwei Jahrzehnten zuvor eingehen und Lösungsvorschläge zur Verbesserung darlegen. Doch **dann kam Anfang 2020** ein Virus namens SARS-CoV-2 aus China zu uns nach Europa und verbreitete sich über die ganze Welt. Die dadurch ausgelöste Krankheit erhielt den Namen „COVID-19“ bzw. umgangssprachlich „**Corona**“, und nichts blieb mehr so, wie es einmal war. Es war daher angezeigt, auf dieses „Corona-Virus“ einzugehen, weniger auf das Virus selbst als vielmehr auf den Umgang der türkis-grünen österreichischen Bundesregierung und so ziemlich aller Regierungen auf der ganzen Welt mit dieser neuen Situation.

Das Buch geht daher ausführlich auf die **Ereignisse seit dem März 2020** ein, insbesondere die Reaktionen ebendieser türkis-grünen österreichischen Bundesregierung auf das „Corona-Virus“. Sehr rasch war dabei klar, dass die Analyse der Vorgehensweise der Bundesregierung weit über eine rein wirtschaftspolitische Betrachtung hinausgehen musste, wollte sie nicht stückhaft und unvollständig bleiben.

Dabei wird das **Argument** der politischen Verantwortlichen, dass ausschließlich die „Corona-Krise“ an der schlechten wirtschaftlichen Situation, der schlechten Verfassung der Republik als Wirtschaftsstandort schuld sei, **entkräftet**. Der Wirtschaftsstandort Österreich war durch jahrzehntelange mangelhafte Standortpolitik bereits vor der „Corona-Krise“ in einem besorgniserregenden Zustand. In **Kapitel 1** wird dieser anhand von 16 Problemfeldern umrissen. Corona wurde nicht als Chance genutzt, keines der Probleme wurde angegangen, alle **16 Problemfelder** bestehen nach wie vor und sind durch die Politik in der Krise teilweise massiv verschlimmert worden.

In einem ausführlichen **Kapitel 2** wird die **Politik der türkis-grünen Bundesregierung** im Zeitraum vom März 2020 bis zum Redaktionsschluss dieses Buches Ende März 2021 untersucht und deren **grottenschlechtes Krisenmanagement** anhand einer „12-Sünden-Tafel“ im Detail kommentiert. Eine „Koste es, was es wolle“-Politik ohne wirkliche Zielvorgaben, ohne Controlling der Effekte und Wirksamkeit von schuldenfinanzierten Milliarden-Unterstützungsmaßnahmen, mit schwerwiegenden, unverhältnismäßigen Eingriffen in Grund- und Freiheitsrechte

ist keine Strategie. Ende März 2021 war unsere Republik sowohl ökonomisch als auch gesellschaftlich schwer angeschlagen.

Unter Berücksichtigung der dramatischen Schwächungen des Standortes und der Gesellschaft durch die Regierungsmaßnahmen in den Jahren 2020 und 2021 sind diese **16** vordringlichsten **Problemfelder** als **unverzüglich umzusetzende Handlungsfelder** zur raschen wirtschaftlichen Gesundung aus der Krise in **Kapitel 4** definiert, dazu werden konkrete Maßnahmen empfohlen.

Davor wird in **Kapitel 3** das „kulturelle“ **Selbstverständnis**, das Fundament **wirksamer Wirtschafts- und Standortpolitik** betrachtet, die Rolle des Staates reflektiert und die Bedeutung von Eigeninitiative, Selbstbestimmtheit, Leistungsorientierung und Wirtschaftswachstum für die Schaffung von Arbeitsplätzen betont und klar gestellt, dass prioritärer Adressat und Begünstigter aller Maßnahmen die Solidargemeinschaft österreichischer Staatsbürger sein muss.

Ein abschließendes **Kapitel 5** beschäftigt sich mit der **Rolle Österreichs** in einer Welt fortschreitender **Globalisierung**, nimmt Stellung zum Modell der „sozialen Marktwirtschaft“ und zum Freihandel und skizziert Chancen und Risiken zukünftiger Entwicklungen für die Menschen in Österreich.

Ende **März 2021** schweben **gefährliche Geier** über dem **Standort Österreich**, der Geier der Verarmung vieler durch **Insolvenzwellen**, der Geier der Vernichtung von Vermögen durch einen Verfall der **Währung Euro**, der Geier der Wegnahme von Eigentum durch **Umverteilungsregime**, der Geier der Rechnungslegung für die unverantwortliche Schuldenpolitik der letzten Jahre bei einem **Anstieg des Zinsniveaus**, der Geier der Zerstörung unseres hochentwickelten Gesundheits- und Sozialsystems durch „**notwendige Sparpakete**“, der Geier der weiteren Beschädigung unseres Bildungs- und Wissenschaftssystems durch „notwendige Sparpakete“.

Dennoch gilt es nicht depressiv zu werden, sondern Wege aus der Krise zu finden, Wege einer möglichst raschen Gesundung zu gehen. Die **Lage ist sehr ernst, aber nicht hoffnungslos**. Es muss im rein wirtschafts- und standortpolitischen Bereich die Krise endlich als Chance gesehen werden und die **16 Problemfelder**, die bereits vor der Corona-Krise da waren, als Handlungsfelder unverzüglich, **ohne Verzögerung „abgearbeitet“ werden**. Und noch viel dringender muss im allgemein gesellschaftspolitischen Bereich ein selbstbewusster Umgang mit dem Virus gefunden werden, der es ermöglicht, den **Menschen** ihre über die Jahrhunderte erkämpften **Grund- und Freiheitsrechte wieder zurückzugeben**, und zwar nicht in Gestalt „neuer Normalitäten“, sondern so, wie sie vor dem Frühjahr 2020 bestanden haben und gelebt wurden.

Es sei explizit darauf hingewiesen, dass die Inhalte dieses Buches meine Meinung als Bürger, Unternehmer und Politiker widerspiegeln und nicht die „Parteilinie“ der Freiheitlichen Partei Österreichs, wiewohl ich annehme, dass beim weitaus überwiegenden Teil des Buches inhaltliche Deckungsgleichheit herrscht.

Graz, im März 2021

# CORONA IST AN ALLEM SCHULD – EIN IRRGLAUBE

---

## CORONA ALS AUSREDE FÜR STRUKTURELLES VERSAGEN

Dieses erste Kapitel beschäftigt sich ausschließlich mit den **nicht gemachten Hausaufgaben** der Wirtschafts- und Standortpolitik in Österreich und dem daraus resultierenden schlechten Zustand des Landes sowie der maßgeblichen grundsätzlichen strukturellen Fehlentwicklungen, die zu ebendiesem Status geführt haben.

Dabei ist selbstverständlich zu berücksichtigen, dass die Republik Österreich mit ihren Bürgern und ihrer Wirtschaft kein eigener Planet im Weltenraum ist, sondern sich in einem **europäischen und globalen Umfeld** befindet und sich die Grenzen zu diesem in den letzten Jahrzehnten immer mehr aufgelöst haben. Dies äußert sich zum einen in einer intensiveren internationalen wirtschaftlichen Verschränkung unter dem Regime globaler Handelsregelungen und zum anderen in einer stärker werdenden Gestaltungsmacht supranationaler Gremien und Organisationen.

Dennoch liegt nach wie vor ein **beträchtlicher Anteil dieser Gestaltungsmacht** bei den **nationalstaatlichen Regierungen** als Exekutivorgane mit demokratischem Mandat ihrer Staatsbürger.

In diesem ersten Kapitel wird der **Corona-Schock des März 2020** zunächst **bewusst ausgeblendet** und werden die strukturellen Fehler österreichischer Wirtschafts- und Standortpolitik sowie deren daraus resultierende negative Ergebnisse und Zustände im Vergleich zu anderen Ländern untersucht. Dies mit dem methodischen Ziel, die **Ausrede**, dass der **Corona-Schock an allem schuld sei**, als solche evident zu machen.

Der Corona-Schock 2020 hat die **Situation** natürlich **dramatisch verschärft**, aber wir haben auch bereits vorher unsere Hausaufgaben nicht gemacht. Es darf keinesfalls der Fehler gemacht werden, für den desaströsen Zustand zu Ostern 2021 ausschließlich Corona verantwortlich zu machen.

Der **katastrophale Zustand**, in dem sich unser **Land zu Ostern 2021** in vielen Bereichen befindet, ist eine **giftige Mischung aus:**

- Den vielfältigen **strukturellen Schwächen** und Fehlentwicklungen, die bereits vor der Corona-Krise bestanden haben.
- Dem **dilettantischen**, auf Angstmacherei beruhenden **Vorgehen der Bundesregierung**, welches unserer gesamten Gesellschaft und daraus resultierend auch unserer Wirtschaft nachhaltigen, langfristig wirkenden Schaden zufügt.
- Dem **Unvermögen der türkis-grünen Bundesregierung**, die **Corona-Krise als Chance** für nachhaltige strukturelle Reformen zu sehen.

Auf das mangelhafte Management der Corona-Krise durch die türkis-grüne österreichische Bundesregierung wird im nachfolgenden **Kapitel 2** ausführlich eingegangen werden.

**Wirksame Wirtschafts- und Standortpolitik** hat aber immer stattzufinden, in der Krise herrschen nur besonders erschwerte Bedingungen. Mehr noch, wirksame Wirtschafts- und Standortpolitik erhöht selbstverständlich die Resilienz des Systems, erhöht die Robustheit in Krisenzeiten.

In diesem ersten Kapitel wird die **Wirtschafts- und Standortpolitik** der Bundesregierungen **vor dem Corona-Schock 2020 analysiert**. Dies ist nur unter Berücksichtigung der globalen und europäischen Herausforderungen, die neben den nationalen Herausforderungen das Umfeld bestimmen, möglich und sinnvoll.

Die Gestaltungsmöglichkeiten von nationalstaatlichen Regierungen hinsichtlich der großen Herausforderungen auf **globaler und europäischer Ebene** sind natürlich eingeschränkt. Hinsichtlich der Methodik für die Lösung dieser Herausforderungen stehen **zwei** grundsätzlich unterschiedliche Vorgehensweisen bzw. **Modelle** zur Verfügung:

Einerseits die Methode der Lösung der Herausforderungen durch **institutionalisierte supranationale Organisationen**. Dies bedingt jedoch die Abgabe der dafür erforderlichen Kompetenzen und Ressourcen durch die Nationalstaaten an diese Organisationen. Ein Modell, für das in letzter Zeit zunehmend der Begriff des „**Multilateralismus**“ verwendet wird.

Andererseits die **Methode** der Lösung der Herausforderungen durch **bilaterale, trilaterale** und auch multilaterale **Zusammenarbeit**, jedoch in Form **problem- und anlassbezogener Kooperation** zwischen weiterhin hinsichtlich der Ressourcen und Kompetenzen weitestgehend **souveränen und eigenbestimmten Nationalstaaten**.

Die Republik Österreich stand bereits 2019 vor großen Herausforderungen. Diese sind mit der „Corona-Krise“ nicht verschwunden, sie bestehen weiter. Mehr noch,

durch die Corona-Krise ist das Erfordernis, sich diesen Herausforderungen zu stellen und die sich daraus ergebenden Aufgaben zu lösen, noch deutlich größer geworden.

Nachfolgend gehe ich kurz auf die **globalen** und **europäischen Herausforderungen** ein, um mich danach ausführlich den **österreichischen Herausforderungen** und dem strukturellen Versagen österreichischer Bundesregierungen im Bereich der Wirtschafts- und Standortpolitik in den Jahren vor Corona zu widmen.

Dieses Versagen führte im Ergebnis dazu, dass **Österreich** im internationalen Vergleich bereits vor Corona, also **Ende des Jahres 2019**, in vielen wesentlichen Bereichen den **Anschluss** an Spitzenländer längst **verloren hatte**.

# **DIE GROSSEN HERAUSFORDERUNGEN VOR CORONA WIE NACH CORONA**

## **Herausforderungen auf drei Ebenen**

Ausgehend von der Selbstverständlichkeit, dass der **Mensch im Mittelpunkt aller Politik** stehen muss, ist es **Aufgabe** wirksamer Wirtschafts- und Standortpolitik, ihren Beitrag insoweit zu leisten, als dadurch die **materiellen Grundlagen geschaffen** werden müssen, die es den in unserer Solidargemeinschaft „Republik Österreich“ lebenden Menschen ermöglicht, ein Leben

- in sozialem Frieden und sozialer Sicherheit
- in Wohlstand
- in Freiheit und weitestmöglicher Selbstbestimmung
- in einer funktionierenden Demokratie mit einer funktionierenden Gewaltentrennung zwischen Legislative, Judikative und Exekutive
- in einer sauberen und gesunden Umwelt

zu führen.

Damit wird erst das nachhaltige Funktionieren einer **Solidargemeinschaft** mit Rechten und Pflichten ermöglicht.

Österreichische, **nationalstaatliche Wirtschafts- und Standortpolitik** sieht sich dabei mit großen **Herausforderungen** konfrontiert, die sich **vielschichtig** auf **mindestens drei Ebenen** ergeben.

Hier sind **zum Ersten** die **großen globalen Herausforderungen** unserer Zeit zu nennen, die es durch internationale, aber vor allem auch nationalstaatliche Politik zu bewältigen gilt. Neben der derzeit alles überlagernden Herausforderung durch **COVID-19** sind dies unsere **Umwelt** betreffende Fragen, der **Klimawandel**, der Umgang mit unseren **Ressourcen**. Das ist weiters die zunehmende **Globalisierung aller Märkte**, welche heute von Gütern und Kapital bis zu Dienstleistungen und Arbeit reicht. Das ist aber auch das weltweite **Altern der Bevölkerung**, und das sind vor allem die **stark steigenden** weltweiten **Migrationsbewegungen**. Der gegenwärtige internationale politische Rahmen erleichtert deren Bewältigung nicht und zeigt vielfach Signale einer völligen Überforderung.

Die Meisterung dieser Herausforderungen wird **zum Zweiten** erschwert durch eine **Europäische Union**, die in einem **besorgniserregenden Zustand** ist. Dies ist das Ergebnis einer viel zu überhasteten Integration und des Glaubens, durch Vorgabe von Integrationsschritten ökonomische Reformen in den neuen Mitgliedstaaten

bewirken zu können. Wie der **Euro** gezeigt hat, ist das Gegenteil der Fall und die ausgelösten finanziellen, ökonomischen und politischen Spannungen dieses Versuches sind mitverantwortlich für wachsende Desintegrationserscheinungen.

Zum **Dritten** sind wir mit der Tatsache konfrontiert, dass durch **verfehlte nationale Wirtschaftspolitik** der letzten 15 Jahre Österreich, das zu Beginn dieses Jahrtausends noch als das „bessere Deutschland“ gefeiert wurde, bestenfalls zum **Mittelmaß** abgesunken ist. Trotz Rekordsteuern und Abgaben können die hohen Staatsausgaben nicht finanziert werden, was zu Rekordhöhen bei den Staatsschulden führt. Dies ist das Ergebnis eines totalen **Reformstaus** und des **fehlenden Muts** zu echten strukturellen Verbesserungen auf allen Ebenen. Der unkontrollierte Zuzug von **Wirtschaftsmigranten** und deren rasche Integration, allerdings überproportional leider nur in das Sozialsystem, hat die Lage weiter verschlechtert.

Wirksame Wirtschafts- und Standortpolitik stellt sich diesen vielschichtigen Herausforderungen. Wirksame Wirtschafts- und Standortpolitik will Österreich im globalen und europäischen Umfeld **besser positionieren und** wieder zu einem **Vorbild** für andere Länder machen.

Nachfolgend werden im Sinne einer **IST-Analyse** die wirtschaftspolitischen **Herausforderungen** auf der globalen Ebene, auf der supranationalen europäischen Ebene und der „hausgemachten“ österreichischen Ebene **eingehend dargestellt**. Ein besonderes **Augenmerk** wird dabei auf die Darstellung des **Abstiegs Österreichs** in den letzten 15 Jahren gelegt. Diese Analyse zeigt, dass sich unser Land bereits vor dem Corona-Schock im März 2020 in einem **Zustand** befand, der als absolut **unzufriedenstellend** bis **besorgniserregend** zu bezeichnen ist.

## **Globale Herausforderungen**

Hier sind die **großen globalen Herausforderungen** unserer Zeit zu nennen, die es durch internationale, aber auch nationale Wirtschaftspolitik zu bewältigen gilt.

- Das sind alle unsere **Umwelt** betreffende Fragen, der **Klimawandel**, der Umgang mit unseren **Ressourcen**.
- Das ist das sehr starke **Bevölkerungswachstum** in bestimmten Regionen der Welt.
- Das ist die zunehmende **Globalisierung aller Märkte**.
- Das ist das weltweite **Altern der Bevölkerung**.
- Das sind die **stark steigenden** weltweiten **Migrationsbewegungen**, für uns von Interesse vornehmlich jene aus sehr armen, kulturfremden Ländern nach Europa.

- Das sind die enorm gewachsenen Möglichkeiten der **Datenerhebung, Datenerfassung, Datenspeicherung und Datenverknüpfung**, die rasanten Weiterentwicklungen im Bereich der **Artificial Intelligence (AI)**, welche große Chancen bieten, jedoch in „**falschen Händen**“ gewaltige **Werkzeuge** zur Kontrolle, Freiheitsbeschränkung und Unterdrückung jedes Individuums sein können.
- Das ist der Riese **China**, der nach Jahrhunderten der Isolation seit rund 30 Jahren zu einem weltweit agierenden wirtschaftlichen und zunehmend auch militärischen Faktor wird.
- Das sind die **USA** als nach wie vor einziges weltweites Imperium.
- Das ist **Russland** als rohstoffreichstes, flächengrößtes und militärisch hochgerüstetes Land.
- Das ist die „**Vernetzung**“ der Welt durch eine sehr starke Zunahme von globalen Rohstoff-, Waren-, Dienstleistungs- und Menschenströmen.
- Das ist die „**Verkleinerung**“ der Welt und die dramatische **Erhöhung von Geschwindigkeiten** durch die Möglichkeiten der Kommunikation und Digitalisierung.
- Das ist die „**Zentralisierung**“ der Welt durch die Schaffung einer **weltweiten** virtuellen Vernetzung des **Banken- und Finanzsektors**.
- Das ist die fortschreitende „**Konzentration**“ der weltweiten Eigentümerstrukturen auf immer weniger und immer größere Strukturen und die damit einhergehende Zurückdrängung kleiner und mittelständischer Strukturen.
- Das ist der stetige **Bedeutungsverlust** der **Realwirtschaft** im Vergleich zur virtuellen Banken- und Finanzwirtschaft.
- Das ist die durch die **fünf letztgenannten** Entwicklungen bedingte **dramatisch höhere Störanfälligkeit** der gesamten Welt gegenüber weltweiten Krisen.

All diese globalen Faktoren und Herausforderungen sind für das kleine europäische Land Österreich als Wirtschaftsstandort von erheblicher Relevanz.

Welche Institutionen und Organisationen sollen diese globalen Herausforderungen lösen? Das vielfach von Befürwortern der Machtvergrößerung supranationaler Organisationen (wie etwa UNO, WHO, Weltbank, IWF, Europäische Union, EZB etc.) unter dem Schlagwort „**Stärkung des Multilateralismus**“ vorgebrachte Argument, globale Herausforderungen könnten nur von globalen Organisationen bewältigt werden, ist meines Erachtens **nicht richtig**.

Die **Forderung** nach „Stärkung des Multilateralismus“ **bedingt** natürlich automatisch die Forderung nach Übernahme von mehr Aufgabenbereichen durch supranationale Organisationen, die Forderung nach **mehr Kompetenzen und Macht** und die dafür notwendige Ausstattung mit mehr Ressourcen und Geldmitteln, am besten durch Einhebung eigener Steuern und Abgaben.

Das hieße selbstverständlich **automatisch** eine entsprechende **Verringerung der Macht**, der Aufgabenbereiche, der Ressourcen und Geldmittel **bei den Nationalstaaten**, deren Regierungen und deren Bevölkerung. Das hieße selbstverständlich auch eine noch weitere Entfernung der meist wenigen, demokratisch oft nicht legitimierten Entscheidungsträger von den Menschen. Die **Demokratie** bewegt sich **immer weiter vom Bürger weg**.

Das ist bereits aus **demokratiapolitischen Gründen** abzulehnen. Es bedarf einer differenzierten Betrachtungsweise und differenzierter Lösungsansätze, wobei grundsätzlich dem verantwortungsvollen, kooperativen **Zusammenwirken selbstbestimmter Staaten** der Vorzug gegenüber dem Machtausbau supranationaler Organisationen zu geben ist.

Die **Corona-Krise 2020** hat in vielerlei Hinsicht gezeigt, dass **supranationale und multilaterale Organisationen** de facto **noch weniger** als nationalstaatliche Regierungen in der Lage sind, eine **Politik** zu machen, die **nahe** an den Bedürfnissen der **Menschen** ist und deren Probleme, Ängste und Sorgen nicht nur ernst nimmt, sondern auch abbaut. Das klingt nicht nur logisch, es ist es auch – New York und Brüssel sind weiter weg von St. Anna am Aigen als Graz und Wien.

Es stellt sich insbesondere die Frage, ob die **Europäische Union** in ihrer derzeitigen Form **überhaupt in der Lage** ist, im globalen Wettbewerb die Interessen des Kontinents Europa und seiner Staaten bestmöglich zu vertreten.

## **Herausforderungen auf europäischer Ebene – die EU**

Meines Erachtens ist die **Europäische Union des Jahres 2021** **nicht** einmal im Ansatz in der Lage, die **drei größten europäischen Probleme und Herausforderungen** zu lösen:

- die überbordende **Migration** nach Europa aus kulturfremden Regionen mit einer drohenden, vielfach bereits stattfindenden Verdrängung der „christlich-abendländischen“ Kultur
- die Sicherstellung ausreichender **Arbeitsplätze** am europäischen Arbeitsmarkt und damit die Erhaltung eines gewissen **Wohlstandes** in Europa

- den Ausbau bzw. die Erhaltung europäischer **Wettbewerbsfähigkeit** und die Vertretung **europäischer Interessen** im globalen Umfeld.

Die EU **verliert sich** stattdessen in der Überregulierung von Details, dem Versagen im Umgang mit dem Corona-Virus, der massiven **Ausweitung** und Vergemeinschaftung enormer **Schulden** und der Beschäftigung mit wenig nutzenschaffenden **Pseudothemenbereichen**.

Die **Briten** waren jedenfalls nicht der Meinung, dass die Europäische Union in der Lage ist, diese großen europäischen Probleme zu lösen bzw. diese Herausforderungen zu meistern, und sind **2020 aus der EU ausgetreten**. Diese Entscheidung legt genau genommen das **völlige Scheitern der EU** in der derzeitigen Form offen. Wer nun glaubt, dass die Verantwortlichen in den **Regierungen** der Länder Europas und die Verantwortlichen im **EU-Apparat** diese eindeutige Warnung erkennen und eine **Kurskorrektur** einleiten würden, der irrt. Nichts davon findet statt, der **Irrweg** wird mit gleicher Intensität **weiterverfolgt**. Dem Thema EU ist in diesem Buch unten ein eigenes Kapitel gewidmet.

## **Hausgemachte österreichische Herausforderungen**

Zu **Beginn dieses Jahrtausends** wurde Österreich hinsichtlich der **Attraktivität des Standortes** und in Bezug auf seine allgemeine **Wirtschaftspolitik**, und dies durchaus zu Recht, von vielen **Experten** noch als das „**bessere Deutschland**“ bezeichnet.

In einem **wirtschaftlich offenen Europa** der Europäischen Union mit ihren vier Grundfreiheiten ist das Vorhandensein **komparativer Standortvorteile** gegenüber anderen Ländern der EU von ganz **elementarer Bedeutung**. **Umso mehr**, wenn es sich dabei um Vorteile gegenüber dem mit **großem Abstand wichtigsten Handelspartner**, nämlich **Deutschland**, handelt.

Gelingt dies, so wie in den Jahren 2000–2006 und auch in den Jahren 2017–2019 (jeweils mit Regierungsbeteiligung der FPÖ), hat die Politik vieles richtig gemacht. Gelingt dies nicht, so wie in den übrigen Jahren seit 2007, hat die Politik vieles falsch gemacht.

Österreichs Wirtschaftspolitik und der **Abstieg** in den letzten Jahren seit 2007 muss anhand eines **Vergleiches mit Ländern** dargestellt werden, mit denen wir uns **messen sollten und müssen**. Demnach müssen wir uns mit **Deutschland** und unserem nicht in der EU befindlichen Nachbarland **Schweiz** und weniger, ohne diesen Ländern zu nahe treten zu wollen, mit Ländern wie Griechenland oder Portugal vergleichen.

Österreichs Abstieg in den **Vergleichsfeldern** Entwicklung der **Staatsschulden**, Entwicklung der **Steuer- und Abgabenquote**, Entwicklung der **Arbeitslosenzahlen**, Entwicklung der internationalen **Wettbewerbsfähigkeit** und Entwicklung der **Innovationsfähigkeit** ist dabei (im negativen Sinn) beachtlich und besorgniserregend.

Wesentlich ist, dass diese Entwicklungen „**hausgemacht**“ und von den jeweiligen österreichischen Bundesregierungen zu verantworten sind, dass das Land als **Wirtschaftsstandort** sich bereits **Ende 2019**, also vor der Corona-Krise, in einem **Zustand** befunden hat, der **absolut unzufriedenstellend** war, und bereits damals dringender Handlungsbedarf für grundlegende wirtschafts- und standortpolitische Reformen bestand.

## **DER ZUSTAND ÖSTERREICHS ALS WIRTSCHAFTSSTANDORT VOR CORONA**

### **Zwei Jahrzehnte mangelhafte Standortpolitik bis 2019**

Österreich ging leider in den letzten beiden Jahrzehnten wirtschafts- und standortpolitisch die meiste Zeit den falschen Weg. Es wurde über die Jahre ein Staat geschaffen, der in seinen Kernaufgaben schwach ist, diese nur völlig unzureichend erfüllt, in manchen Bereichen sogar gänzlich versagt. Andererseits wurde über die Jahre auch ein „Moloch-Staat“ geschaffen, der sich überall dort einmischt, wo er eigentlich nicht tätig sein sollte, und höchst ineffektiv und ineffizient agiert.

Wirksame Wirtschafts- und Standortpolitik heißt auch, diese **Entwicklung zu stoppen und umzukehren**. Dabei kann in der Betrachtung des **Zeithorizonts von 2000 bis 2019** grob zwischen **drei „Phasen“** unterschieden werden:

**Erstens** der Phase der ÖVP/FPÖ-Regierungen **zwischen 2000 und 2006**, wo es Österreich gelang, den großen Bruder Deutschland in vielen Bereichen zu überholen und in manchen Bereichen zum „besseren Deutschland“<sup>1</sup> zu werden.

**Zweitens** der Phase der SPÖ/ÖVP-Regierungen **zwischen 2006 und 2017**, in der Österreich kontinuierlich zurückfiel<sup>2</sup> und von vielen Ländern, mit denen wir uns vergleichen sollten, überholt wurde. Dies vor allem deshalb, weil diese Länder Maßnahmen gesetzt hatten, die in einem „rot-schwarzen“ Dauerstillstand in Österreich eben nicht gesetzt wurden.

**Drittens** der Phase der ÖVP/FPÖ-Regierung **zwischen 2017 und 2019** mit einer sehr guten Entwicklung hinsichtlich der volkswirtschaftlichen Zahlen. Diese gute Entwicklung ist einerseits durch manch vernünftige wirtschaftspolitische Initiative begünstigt worden. Andererseits muss man doch sagen, dass wohl eher die sehr gute allgemeine Wirtschaftsentwicklung in diesen beiden Jahren der Hauptgrund für deutliche Senkungen etwa der Staatsschuldenquote war. Notwendige, tiefgreifende strukturelle Reformen sind auch dieser Regierung nicht gelungen, sodass sich der Wirtschaftsstandort **Österreich Ende 2019**, also bereits vor der „Corona-Krise“, in **keinem guten Zustand** befand.

Eine kurze **Analyse der Entwicklung** ausgewählter **volkswirtschaftlicher Steuerungskennzahlen** aus dem Zeitraum 2000 bis 2019 soll dies verdeutlichen. Neben

---

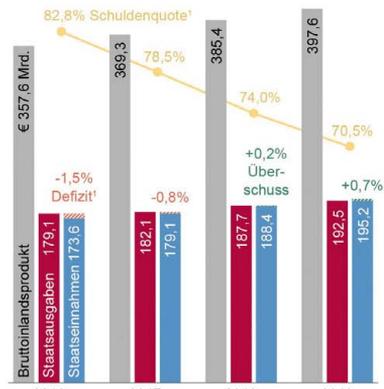
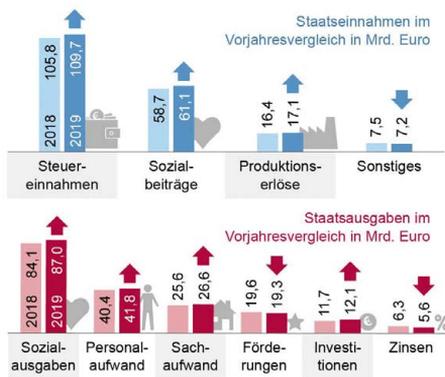
<sup>1</sup> So etwa im Artikel des deutschen Magazins „Der Spiegel“ vom 18.06.2005 (<https://www.stern.de/wirtschaft/job/oesterreich-das-bessere-deutschland-3298546.html>).

<sup>2</sup> Vgl. dazu etwa „Agenda Austria“ vom 17.08.2017 (<https://www.agenda-austria.at/warum-oesterreich-nicht-mehr-das-bessere-deutschland-ist/>).

den Zahlen für unsere Republik Österreich sind dabei insbesondere **Vergleiche mit anderen Ländern**, und zwar solchen, mit denen wir uns vergleichen sollten und müssen, **von Interesse**. Methodisch werden dabei die **Entwicklungen** bis zum Zeitpunkt vor dem Ausbruch der Corona-Krise, also im Wesentlichen die Entwicklungen relativ „normaler“ Wirtschaftsjahre **bis Ende 2019**, betrachtet.

## Staatsausgaben und Staatseinnahmen – schlechte Budgetdisziplin

### Staatseinnahmen und -ausgaben 2019



Quelle und Grafik: STATISTIK AUSTRIA. Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen. – <sup>1</sup> In Prozent des Bruttoinlandsprodukts. – Erstellt am 30.09.2020.

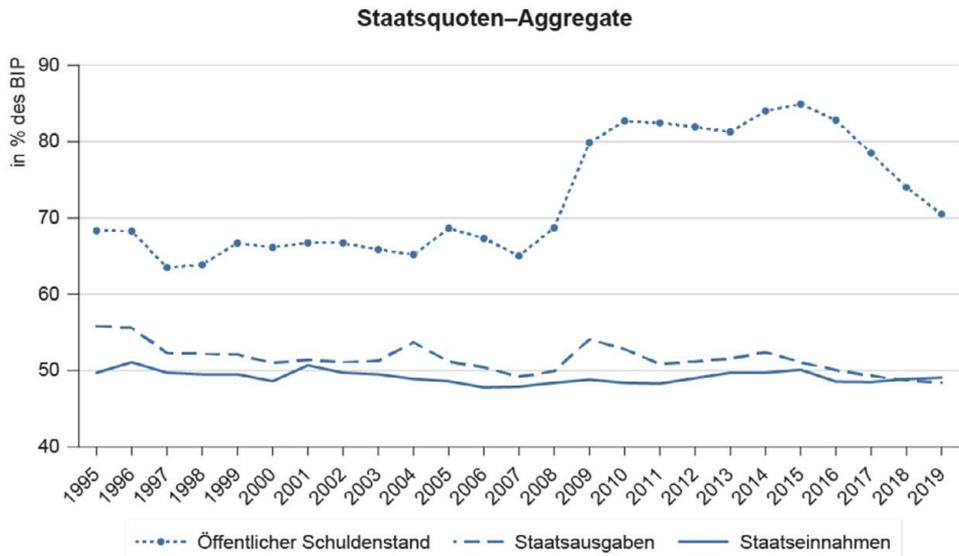
Quelle: Statistik Austria

Nachhaltig **verantwortungsvolle Budgetpolitik** heißt, dass die Staatsausgaben über einen bestimmten Zeithorizont betrachtet die Staatseinnahmen nicht übersteigen sollten. Kurzfristig höhere Staatsausgaben als Staatseinnahmen sind daher durchaus zulässig, die entscheidende Frage ist aber, wofür man diese kurzfristigen Ausgabenüberschüsse, also Budgetdefizite, in Kauf nimmt. Auch hier soll ein **Vergleich mit Deutschland** und der **Schweiz** die Beurteilung der Qualität der österreichischen Budgetpolitik erhellen.

Während es in **Österreich** erst in den Jahren 2018 und 2019 erstmalig seit über 60 Jahren gelungen ist, tatsächlich geringfügige Budgetüberschüsse zu erzielen, gelang dies **Deutschland**, die grundsätzlich gute Entwicklung der Wirtschaft nach der Finanzkrise 2012 offenbar besser nutzend, schon sehr viel früher. **Deutschland** gelang es bereits seit dem Jahr **2012 bis einschließlich 2019**, **Budgetüberschüsse** zu machen. Auch der **Schweiz** gelang es bereits **seit 2003**, ihre Budgets ausgeglichen zu gestalten, wobei in diesen vergangenen 16 Jahren teilweise **deutliche Budgetüberschüsse** verzeichnet werden konnten.

Wenn man sich diese Vergleiche vor Augen führt, ist die **Behauptung mancher ÖVP-Politiker**, das Land könne sich jetzt die ausschließlich auf Schulden finanzierten Milliardensubventionen der Jahre 2020 und 2021 leisten, weil man in den Jahren zuvor „so gut gewirtschaftet hätte“, schlichtweg falsch.

## Hohe Staatsverschuldung



Q: STATISTIK AUSTRIA. Erstellt am 30.09.2020.

Quelle: Statistik Austria, Staatsquoten 1995–2020

Betrugen Österreichs **Staatsschulden** im Jahr **2000** noch 140,4 Mrd. Euro (**65,9 % des BIP**) und war damals die Erreichung der **60 %-Marke** nach den **Maastricht-Konvergenzkriterien** noch möglich, konnte in der Zeit bis 2007 durch verantwortungsvolle Haushaltspolitik der Schuldenstand in Relation zum BIP sogar leicht gesenkt werden. Im Jahr **2007** betragen die Staatsschulden 183,8 Mrd. Euro oder **65,1 % des BIP**. Unter den dann seit 2007 folgenden SPÖ/ÖVP-Regierungen explodierten die **Staatssschulden** geradezu und betragen im Jahr **2016 fast 300 Mrd. Euro oder 83,7 % des BIP**. Auch in den Jahren 2017 bis 2019 stiegen die Staatsausgaben. Durch die gute gesamtwirtschaftliche Entwicklung konnte die Staatsschuldenquote **im Jahr 2017** allein durch die Tatsache, dass das Budgetdefizit kleiner als das Wirtschaftswachstum war, auf **78,5 % des BIP** gesenkt werden. In den Jahren 2018 und 2019 konnten in Österreich erstmals seit über 60 Jahren **Budgetüberschüsse** erwirt-

schaftet werden, was bei gleichzeitig guten Wachstumsraten des BIP zu einer Senkung der Staatsschuldenquote auf **70,5 % des BIP** zu Ende des Jahres **2019** führte. Das klingt aufs Erste betrachtet ganz gut, wenn man allerdings Vergleiche mit Ländern zieht, mit denen wir uns vergleichen sollten,<sup>3</sup> schaut die Welt ganz anders aus.

Im Jahr **2003** hatte die **Schweiz** mit einer Staatsverschuldung von **47,9 % des BIP** eine nur unwesentlich geringere Staatsverschuldung als Österreich mit rund **65 %**. Im Gegensatz zu Österreich, das seine Staatsverschuldung ab **2007** deutlich vergrößerte, hat die **Schweiz** im Jahr **2003** eine **Schuldenbremse im Verfassungsrang** beschlossen und diese Politik in den letzten Jahren auch konsequent verfolgt. Daher hatte die Schweiz im Jahr **2018** eine **Schuldenquote** von nur mehr **28,0 % des BIP**<sup>4</sup>.

Auch die Entwicklung in **Deutschland** ist seit **2010** deutlich besser als in Österreich. Ausgehend von einer Staatsverschuldung von **78,4 % des BIP** im Jahr **2010** sank diese kontinuierlich über die Jahre und betrug im Jahr **2019** nur mehr **erstaunliche 55,1 % des BIP**. Dies auch deshalb, weil es **Deutschland** gelang, seit dem Jahr **2012 bis einschließlich 2019 Budgetüberschüsse** zu machen.

Auch **Schweden** hatte im Jahr **1996** noch eine Staatsverschuldung von fast **70 % des BIP**, schlug aber dann einen konsequenten Konsolidierungskurs ein und hat **seit über 10 Jahren** eine Staatsverschuldung von nur **rund 40 % des BIP**. Auch **Dänemark** verfolgte über die Jahre eine ähnliche Schuldenpolitik und hatte Ende des Jahres **2019** eine erstaunlich niedrige Staatsverschuldung von **lediglich 29,4 % des BIP**.

## **Abgabenquote – drückende Steuer- und Abgabenbelastung**

Sieht man sich die **sehr schlechte Entwicklung der Staatsschulden in Österreich** an, so müsste man in einem nächsten Schritt prüfen, ob dann nicht **wenigstens** die Belastung der Bevölkerung mit **Steuern und Abgaben** vergleichsweise **gering** ist, der Staat gleichsam höhere Verschuldungen in Kauf nimmt, dafür die Bürger aber mit weniger Steuern und Abgaben belastet. Die **Abgabenquote** (auch Steuer- und Abgabenquote) gibt dabei den Anteil an Steuern und Sozialabgaben am BIP in Prozent an. Leider ist in **Österreich das Gegenteil der Fall**.

---

<sup>3</sup> Ich bin nicht der Meinung, dass wir uns bei Beurteilung des Ausmaßes einer akzeptablen Staatsverschuldung mit Ländern wie Italien, das bereits 2018 mit rund **135 % des BIP** verschuldet war, Spanien und Frankreich, die bereits 2018 mit rund **100 % des BIP** verschuldet waren, oder auch den USA, die ebenfalls Verschuldungen weit jenseits der **100 % des BIP** ausweisen, vergleichen sollten. Vielmehr sollten wir uns, wenn schon nicht an der Schweiz, Dänemark oder Schweden, so doch zumindest an dem **60 %-Wert** der Maastricht-Konvergenzkriterien orientieren.

<sup>4</sup> <https://www.ibf-chur.ch/SWISS-MACRO-CHARTS-2018-19-20/staatsschulden-schweiz-1991-2018/> (20.02.2021).